

Bernhard Kempen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit der Einberufung des Dresdner Bildungsgipfels vom 22. Oktober 2008 Bildung und Wissenschaft zur Chefsache erhoben und das wegweisende Leitbild einer „Bildungsrepublik Deutschland“ formuliert. Das damals von den Regierungschefs von Bund und Ländern verabschiedete Ziel, künftig zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung zu investieren, rückt näher: Nach neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes befindet sich Deutschland mit 9,3 Prozent auf der Zielgeraden.

Ist die ausgerufene „Bildungsrepublik“ also auf einem guten Weg? Stimmen Sein und Schein unserer Wissenschaftsnation überein, die sich gern als „Land der Ideen“ versteht? Ist Deutschland noch das „Land der Dichter und Denker“, oder will es das nur sein?

Niemand wird ernsthaft bezweifeln, dass es in Deutschland nach wie vor Spitzenwissenschaftler gibt, die – wie die Vergabe der Nobelpreise des Jahres 2007 an Peter Grünberg und Gerhard Ertl eindrucksvoll gezeigt hat – Herausragendes in Forschung, Lehre und Krankenversorgung leisten. Aber zu überbordender Selbstzufriedenheit besteht kein Anlass. Denn dem „Land der Ideen“ könnten alsbald die Tüftler ausgehen. Quer durch die Zukunftsbranchen herrscht ein Mangel an Fachkräften, insbesondere an Ingenieuren, aber auch an Fachkräften mit naturwissenschaftlicher (Aus-)Bildung.

Fit für den Wettbewerb um die besten Köpfe?

Vor diesem Hintergrund sind die Pläne der Bundesregierung einzuordnen, über eine „nationale Qualifizierungsinitiative“ hinaus eine Zuwanderung von ausländischen Spitzenkräften zu erleichtern. Vor der Therapie steht bekanntermaßen die Diagnose. Die lautet: Die Misere beruht vor allem darauf, dass Regierungen jeglicher Couleur den Hochschulen über die Jahrzehnte hinweg zu viele Steine und zu wenig Brot gegeben haben. Insbesondere die Universitäten, die den wissenschaftlichen Nachwuchs und die künftigen Funktionseliten für den Arbeitsmarkt ausbilden, sind chronisch unterfinanziert. Der derzeitige Fachkräftemangel ist auch eine Quittung für falsche Prioritätensetzung des Unternehmers „Staat“. Kurzfristig wird dieses Defizit kaum zu beheben sein. Insofern liegt es nahe, die Tore zu öffnen und verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben.

Wissenschaft als Risikoberuf

Unter Wissenschaftlern kann ein solcher Vorstoß durchaus mit Sympathie rechnen: Für die Institution Universität ist Mobilität, der grenzüberschreitende Austausch, unerlässlich. Ist aber Deutschland im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe überhaupt attraktiv genug? Exzellente Universitäten, die sich im nationalen wie internationalen Wettbewerb profilieren sollen und wollen, benötigen exzellente Wissenschaftler. Erhalten Wissenschaftler keine attraktiven Arbeitsbedingungen mit einer international wett-

bewerbsfähigen Ausstattung und Vergütung, werden hierzulande die zukünftigen ausbildenden Multiplikatoren, insbesondere in den Fächern der Natur- und Technikwissenschaften sowie der Medizin, fehlen, weil sie anderswo bessere Konditionen vorfinden. Mit knapp 4000 Euro Grundgehalt, mit denen sich ein Viertel aller nach W2 berufenen Professoren begnügen muss, wird es nicht gelingen, die Besten für eine wissenschaftliche Karriere zu begeistern. Wer eine oftmals entbehrungsreiche und sehr lange Ausbildungszeit absolviert hat, wird es als Erstberufener in Bayern nicht gerade als Ermunterung und Bestätigung empfinden, für achtzehn Monate eine Besoldungskürzung von zehn Prozent tragen zu müssen.

Die Chancen, in Deutschland auf eine Lebenszeitprofessur berufen zu werden, sind ohnehin nicht günstig. Schon für Juniorprofessoren, Habilitanden und alle anderen wissenschaftlichen Mitarbeiter an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen gibt es häufig zu wenig Stellen. Aber viel bedenklicher ist, dass die Pyramide immer spitzer wird, weil die Professorenzahlen mit den explodierenden Studierendenzahlen nicht Schritt halten.

Um die besten Nachwuchswissenschaftler für den Hochschullehrerberuf zu gewinnen, sind verlässlichere und attraktivere Karrieremöglichkeiten notwendig. Wissenschaft ist ein Abenteuer und Wissenschaftler der Risikoberuf schlechthin. Daran wird sich nichts ändern. Das allgemeine Lebens- und Berufsrisiko müssen Wissenschaftler in gleicher Weise tragen wie andere Berufsgruppen. Aber das Risiko muss kalkulierbarer werden, zum Beispiel für die Besten durch eine „tenure track“-Option, die nach positiver Evaluierung den Weg zur Lebenszeitprofessur eröffnet. Wenn Hochschulen in England, den USA und der Schweiz den „tenure track“ anbieten, müssen deutsche

Universitäten aus Wettbewerbsgründen gleichziehen können.

Massen statt Klasse?

Angesichts der offenkundigen Versäumnisse der Vergangenheit sind nachhaltige nationale Lösungsstrategien erforderlich. Schon heute bersten Deutschlands Hochschulen aus allen Nähten, finden Seminare und Vorlesungen in Zelten, Kirchen und Kinosälen statt. Ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung wären flächendeckende Zulassungsbeschränkungen die einzige Notmaßnahme, die den Universitäten verbliebe, um halbwegs angemessene Studienbedingungen sicherstellen zu können. Der aufgrund kürzerer Gymnasialzeiten und geburtenstarker Jahrgänge auf die Hochschulen zukommende „Studentenberg“ wird sich nicht mehr wie in den 1970er- und 1980er-Jahren „untertunneln“ lassen. Bis zum Jahr 2020 wird nach eher zurückhaltenden Schätzungen der Kultusministerkonferenz ein rasanter Anstieg der Studierendenzahlen von derzeit zwei auf bis zu 2,7 Millionen erwartet. Politische Entscheidungen wie die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli dieses Jahres erhöhen den Druck im Kessel.

Die beiden Hochschulpakte, die Bundesbildungsministerin Annette Schavan richtiger- und dankenswerterweise initiiert hat, schreiben die Unterfinanzierung der Hochschulen lediglich fort. 5500 beziehungsweise 6500 Euro, die in den Hochschulpakten jährlich für einen Studienplatz veranschlagt werden, bleiben unter den bisherigen Ausgaben der Hochschulen, die im für den Hochschulpakt maßgeblichen Referenzjahr 2005 schon 7180 Euro pro Studienplatz betragen. Mit den bisherigen Mitteln können die Universitäten allenfalls „schmale Intelligenzen“, nicht jedoch umfassend gebildete Persönlichkeiten zu einem Abschluss führen, die sich im weltweiten Wettbewerb um Arbeitsplätze behaupten können.

Studierende haben einen Anspruch auf eine hochwertige universitäre Ausbildung. Abstriche an Quantität und Qualität des Lehrpersonals darf es daher nicht geben. Bei bis zu 170 Studierenden, die in einzelnen Fächern auf einen Universitätsprofessor kommen, ist das Ende jeder Zumutung längst erreicht. Nur noch dank des außergewöhnlichen Engagements vieler Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie der Duldsamkeit vieler Studierender ist ein hochwertiger Lehrbetrieb möglich. Wer vor diesem Hintergrund zusätzliche Mittel für mehr Assistenten, Tutoren und Professoren aus der Finanzplanung ausklammert, verlangsamt im Übrigen den ohnehin schwächernden Bologna-Prozess.

Mit der Relation von sechzig Studierenden pro Universitätsprofessor im Fächerdurchschnitt ist Deutschland international nicht konkurrenzfähig. US-Eliteuniversitäten, die im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs als Messlatte für die Performance deutscher Hochschulen herangezogen werden, haben einen Betreuungsschlüssel von 10:1. Fehlende Quantität von Hochschullehrern bringt eine verschlechterte Qualität des Studiums mit sich, die den Studierenden von morgen auf dem weltweiten Arbeitsmarkt zum Nachteil gereichen wird.

Lehre auf Kosten der Forschung?

Die Verlockung, den angesichts des Studierendenzuwachses notwendigen Ausbau an Lehrkapazitäten auf Kosten der Qualität zu bestreiten, ist allerdings groß: An einigen Universitäten werden bereits Stellen für habilitierte Nachwuchswissenschaftler ausgeschrieben, die sich für einen Lohn unter dem von wissenschaftlichen Mitarbeitern verdingen und ausschließlich der Lehre widmen sollen. Eine hochwertige und sich ständig aus der Forschung speisende Lehre können diese kostengünstigen Lehrkräfte nicht bieten. Vor diesem Hintergrund führt der Vor-

stoß des Wissenschaftsrats, mittelfristig jede fünfte Professur als sogenannte „Lehrprofessur“ auszuweisen und mit zwölf statt der bisher üblichen acht bis neun Semesterwochenstunden Lehrdeputat zu belegen, in eine Sackgasse. Diese Stellen werden immer zweite Wahl bleiben.

Eine Professur mit dem Schwerpunkt Lehre widerspricht dem universitären Verständnis von Forschung und Lehre. Denn universitäre Lehre bedarf der ständigen Erneuerung durch universitäre Forschung. Beide Aufgabenbereiche müssen im Grundsatz gleichberechtigt sein. Die Einheit von Forschung und Lehre schließt Differenzierungen allerdings nicht aus. Dass Spitzenforscher von ihren Verpflichtungen in Lehre und Selbstverwaltung entbunden werden können, ist schon aus Gründen des Wettbewerbs sinnvoll. Erhalten die Fakultäten an dieser Stelle keine Handlungsspielräume, drohen sie im Wettbewerb um die besten Köpfe Federn gegenüber der ausländischen und außeruniversitären Konkurrenz zu lassen. Wer die Lehre stärken will, darf aber bei Universitätsprofessoren nicht einfach zulasten der Forschung eingreifen.

Wie kann der kommende Studierendenandrang bewältigt und künftigen Studierendengenerationen eine gute universitäre Lehre angeboten werden? Statt einen neuen Professorentyp zu erfinden, sollten zunächst bestehende Personalreserven ausgeschöpft werden. Privatdozenten haben sich in Forschung und Lehre bewährt und sind in akzeptable Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Der Deutsche Hochschulverband unterstützt die Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz nach vorzeitig besetzten Professuren. Um aber dem wissenschaftlichen Nachwuchs nicht die Zukunft zu verbauen, führt letztlich kein Weg an zusätzlichen Universitätsprofessuren vorbei. Um wenigstens die Relation

von sechzig Studierenden pro Universitätsprofessor in den kommenden Jahren zu halten, werden 31 600 Professoren an wissenschaftlichen Hochschulen benötigt. Derzeit gibt es nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes 25 000 Professoren an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen.

Bologna 2.0 und die Master-Frage

Die von der Bundeskanzlerin beschworene „Bildungsrepublik“ wird es nicht zu Discount-Preisen geben. Auch der Weg zu einem Europäischen Hochschulraum bleibt steinig. Im Jahre zwölf nach der Unterzeichnung der „Bologna-Erklärung“ vom 19. Juni 1999 sind die Hochschulreformen längst nicht das „Jahrhundertwerk“, das die Befürworter aus Politik und Wirtschaft in ihr sehen wollen. Die Reformziele – geringere Abbrecherquoten, mehr Mobilität und bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen in einem gemeinsamen europäischen Hochschulraum – sind lohnend und richtig. Aber die Reformumsetzung ist in Deutschland aufgrund administrativer Überregulierung zu oft misslungen.

Die Bachelor-Studiengänge bleiben ein Sorgenkind, auch wenn an vielen Hochschulen Korrekturen eingeleitet wurden. Die Einsicht, dass das universitäre Studium mehr intellektuelles Abenteuer als ein am industriellen Fertigungsprozess orientierter „workload“ mit Vierzehn-Stunden-Woche bei sechswöchigem Jahresurlaub ist, greift um sich: Viel zu kleinteilige Prüfungsordnungen wurden entschlackt, innerhalb des „Studiums bolognese“ Wahlmöglichkeiten und Mobilitätsfenster geschaffen und das bisherige sechssemestrige Einheitsschema des Bachelors hin zu sieben oder acht Semestern aufgebrochen. Bei der studentischen Mobilität, den Studienabbrecherquoten oder der „automatischen“ Anerkennung von Studienleistungen herrscht insgesamt allerdings immer noch mehr Rück- als

Fortschritt vor. Verantwortlich dafür ist nicht zuletzt eine Akkreditierungsbürokratie, die dazu berufen war, die neuen Studiengänge an den Bologna-Zielen auszurichten. Sie hat auf der ganzen Linie versagt und muss entmachtet werden. Die Qualitätssicherung von Studium und Lehre gehört zur Autonomie der Hochschule und damit in die Hände der Fakultäten, die allein die Kompetenz besitzen, Studieninhalte und -gänge zu gestalten.

Wer den Bologna-Zug auf die Erfolgs spur setzen will, muss zuallererst auf die Stimmen der betroffenen Studierenden hören. Umfragen zufolge wollen drei von vier Bachelor-Studierenden nach ihrem Abschluss ein Master-Studium anschließen, weil sie ein berechtigtes Misstrauen gegen die Willkommensadressen aus der Wirtschaft für den Bachelor hegen. Ob sie ihren Wunsch erfüllen können und dürfen, ist mehr als zweifelhaft, werden doch die Hochschulen hierzulande per Zielvereinbarung dazu „angehalten“, bei der Master-Ausbildung zu sparen und ihre Ressourcen vor allem in Bachelor-Programme zu investieren. In vielen Studienfächern bleibt daher der Master einer Handvoll Auserlesener vorbehalten. Die Mehrheit der Bachelor-Absolventen wird vergeblich am Tor zum Master-Studium rütteln. Es passt nicht zusammen: Die „Bildungsrepublik“ fördert hohe Studierendenquoten und ebnet daher beruflich Qualifizierten den Weg zum Bachelor-Studium, versperrt aber beim Master-Studium den Zugang mittels Noten und Quoten.

Alle Akteure sollten jedenfalls aufhorchen, wenn die Mehrheit der Studierenden dem Bachelor-Studium die wissenschaftliche Qualität abspricht. Gerade an Universitäten müssen die neuen Studiengänge dem Anspruch einer universitären Ausbildung durch Wissenschaft gerecht werden. Statt des Bachelors sollte deshalb der Master der Regelabschluss sein – ergänzt um Zusatzbezeichnun-

gen wie den „Dipl.-Ing.“, der als Ausweis und weltweit geschätztes Markenzeichen wissenschaftlicher Exzellenz „Made in Germany“ erhalten bleiben sollte.

Nagelprobe für den Föderalismus

In der Bildungspolitik tut radikales Umdenken not. So paradox es klingen mag: Auch nach der Föderalismusreform, durch die die bildungspolitischen Kompetenzen weitgehend den Ländern überantwortet wurden, ist der Bund als Impuls- und – noch wichtiger – als Geldgeber gefragt. Es war richtig, dass die wissenschaftspolitischen Akteure im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zur Föderalismusreform in einem gemeinsamen Kraftakt in letzter Minute dem Bund eine finanzielle Mitverantwortung bei Forschung und Wissenschaft sichern konnten.

Mit ihrem Vorstoß, nach dem Auslaufen der letzten Runde der Exzellenzinitiative Spitzeneinrichtungen wie die Berliner Charité in die Finanzobhut des Bundes zu überführen, hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan die weiterhin notwendige Debatte über die Rolle des Bundes in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik belebt. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Wolfgang Marquardt, hat den Ball aufgenommen und für eine Lockerung des sogenannten „Kooperationsverbots“ plädiert. Artikel 91b des Grundgesetzes solle ergänzt werden, sodass Bund und Länder nicht nur gemeinsame Projekte wie den Hochschulpakt, sondern auch eine Hochschule als ganze „Einrichtung“ gemeinsam unterstützen dürfen.

In seiner Analyse der Hochschulfinanzierung hat Marquardt zu Recht auf eine nachdenklich stimmende Entwicklung hingewiesen. Die Abhängigkeit von Drittmitteln wächst. Auf einen Euro

Drittmittel entfielen im Jahr 1995 zwei Euro Grundmittel für die Forschung, 2008 waren es hingegen nur noch 85 Cent. Hierin liegt eine größere Bedrohung für das Wissenschaftssystem als in den gegenwärtigen Plagiatsaffären um Polit-Doktoren, die die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft erschüttern. Mit der Abhängigkeit von nicht staatlichen Geldgebern steigt die Zahl der Loyalitätskonflikte, die die Suche nach Wahrheit und Erkenntnis behindern statt befördern.

Der Bund kann durch mehr Engagement hier vieles, aber bei Weitem nicht alles richten. Spitzensförderung setzt Breitenförderung voraus. Die Prioritätensetzung zugunsten von Bildung und Forschung müssen auch die Länder vornehmen. Sie haben im Vorfeld der Föderalismusreform darauf gepocht, bei Forschung und Wissenschaft die erste Geige zu spielen. Bislang war es zumeist ein Streichkonzert mit Misstönen. Durch Einschnitte und Sparvorgaben haben sich dabei nicht nur das rot-rote Brandenburg oder das SPD-regierte Hamburg, sondern beispielsweise auch das CDU-geführte Hessen unruhiglich hervorgetan.

Angesichts der prekären Lage in den Hochschulen steht der Bildungsföderalismus vor der entscheidenden Nagelprobe: Die Länder müssen den im Föderalismus angelegten Wettbewerbsgedanken aufgreifen und ihn nicht nur als Anleitung zur Nivellierung nach unten begreifen. Wo ist die nationale Anstrengung, die die „Bildungsrepublik“ mit mehr Leben erfüllt und vor allem mit Leidenschaft vorantreibt? Spitzenspolitiker in Bund und Ländern, die ihre Reden über Bildung und Wissenschaft mit konkreten Taten unterfüttern, werden erfolgreich sein. Sie sichern die Zukunft unseres Landes und dadurch ihre politische Zukunft gleich mit.